

Schicksals des Nahen Ostens machen. Sie müssen endlich damit zurechtkommen: nicht nur mit einer Gemeinschaft von Juden oder Israelis, sondern mit einem souveränen Staat Israel von ausgeprägter Eigenart und Individualität, der eine Tradition und Auffassung in sich trägt, die von der arabischen Tradition und der arabischen Auffassung verschieden sind. Israel kann ein guter Nachbar der arabischen Welt sein. Aber es kann nicht ein Teil von ihr sein.

Hiermit hängt das zweite Problem zusammen, das der Mannigfaltigkeit des Nahen Ostens. Dieser Raum kann nicht von den Arabern allein ausgeschöpft werden. Seine Größe in der Vergangenheit und seine Berufung für die Zukunft liegen in der Mannigfaltigkeit des Glaubens, der Kultur, der Sprachen und der Gesellschaften, nicht zuletzt auch der souveränen Staaten, aus denen sich sein heutiges Leben zusammensetzt. Er ist kein monolithischer Block, sondern ein Mosaik, er ist die Wiege und die Heimat von mehr Nationen als nur einer. Das Problem ist, wie man

eine friedvolle Harmonie von Staaten zustande bringen soll, die verschiedenen Ursprungs sind und doch gemeinsame Interessen haben und die in gleichrangiger Vernunft und Gerechtigkeit zum Bild des Nahen Ostens gehören.

Es gibt Grund genug für eine tiefe Beunruhigung, aber nicht für eine fatalistische Verzweiflung. So etwas wie einen unversöhnlichen Konflikt gibt es in der Geschichte nicht. In unserer eigenen Generation sind tiefverwurzelte und „traditionelle“ Feindschaften zwischen den Völkern dahingeschwunden. Neue Formen und Perspektiven in der internationalen Zusammenarbeit haben sich entwickelt. Die Weltöffentlichkeit sollte die arabischen Regierungen aufrufen, eine Feindschaft aufzugeben, die den weltumfassenden und einigenden Strömungen des 20. Jahrhunderts zuwiderläuft. Wenn das geschieht, wird der Nahe Osten eine Zukunft haben, die größer ist als seine Vergangenheit, erfüllt von einer neuen und weiten Vision – eine fortgesetzte Hoffnung, die sich auf fortgesetzte Leistung gründet.

II Britische Regierungsansichten

A Aus den Reden des britischen Außenministers Michael Stewart vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 22. 9. und vom 30. 10. 1969

Diese beiden Erklärungen entnehmen wir dem „London Press Service – Verbatim Service“ und geben daraus Abschnitte, die den Mittleren Osten betreffen, in Übersetzung wieder.

a) Vom 22. 9. 1969¹

12. Ich wende mich nun einem anderen, weit wichtigeren Problem zu – dem Mittleren Osten. Seitdem wir vor einem Jahr darüber diskutiert haben, hat es zwar viel diplomatische Aktivität, aber leider wenig Fortschritte gegeben. In der Zwischenzeit sind die Gewalttätigkeiten weitergegangen. Die Waffenstillstandslinien sind tatsächlich zusammengebrochen. Es hat viele Gewaltakte gegeben, bei denen Hunderte ihr Leben verloren haben und Tausende auseinandergerissen und entstellt worden sind. Diese Gewalttätigkeiten machen ein künftiges Abkommen noch schwieriger. Doch ist eine umfassende politische Regelung wesentlich.

13. Lassen Sie mich einiges über Methode, Form und Inhalt einer Regelung sagen. Zur Methode: Wir hatten gehofft, daß die geduldige Arbeit von Dr. Jarring Erfolg haben würde. Es lag jedoch sicher nicht an ihm, daß sie bisher erfolglos war [s. u. S. 32]. Anfang dieses Jahres war vorgeschlagen worden, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Frankreichs und Großbritanniens sich zusammensetzen sollten. Diesen Vorschlag haben wir damals gern aufgenommen. Seitdem haben Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion stattgefunden. Inzwischen vertritt meine Regierung den Standpunkt, daß wir hinsichtlich der Methode einer Regelung nicht dogmatisch sein sollten.

Seien es Konsultationen von vier oder zwei Mächten, die Bemühungen von Dr. Jarring können, in Zusammenarbeit mit diesen, nur nützlich sein: und wenn, in irgendeinem Stadium, die betroffenen Parteien mit Hilfe von Dr. Jarring in Gespräche eintreten könnten, wäre das um so besser. Nach unserer Ansicht sollte niemand sagen: „Wir schließen eine bestimmte Methode aus“ oder „Wir bestehen nur auf einer Methode, und zwar nur auf einer allein“. Falls sich zu irgendeinem Zeitpunkt eine Methode als undurchführbar erweisen sollte, müssen wir alle bereit sein, auch andere Methoden zu versuchen.

14. Zur Form der Regelung: Diese muß allen Parteien die unaufhebbaren Verpflichtungen auferlegen, in Frieden miteinander zu leben und die Bedeutung einer Respektierung der vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen anzuerkennen. Der Inhalt der Regelung muß alle Bestimmungen der wichtigen Resolutionen, die im November 1967 verabschiedet worden sind, wirksam werden lassen. – Rückzug, sofortiger und andauernder Frieden, eben alle Punkte dieser Resolution. Das Problem war, aus dieser Resolution ein arbeitsfähiges Paket, ein Programm oder gleichlautende Listen von Aktionen zu bilden, die von den Parteien durchgeführt werden sollen – welchen Ausdruck Sie auch immer verwenden wollen –, und die sicherstellen würden, daß alle Bestimmungen der Resolution ausgeführt werden. Nun bedeutet aber die Resolution respektieren folgendes: Wenn irgend jemand, irgendeine Nation, versucht, ein solches Arbeitspaket zu erstellen, muß er sich sagen: „Ich will nicht einen bestimmten Vorschlag zurückweisen, bloß weil ich denke, er könnte einer der betroffenen Parteien, die ich möglicherweise begünstige, zuwider sein. Ich sollte mich besser bei jedem Vorschlag fragen: „Ist es fair, ist es durchführbar, wird es

¹ Aus: Mr. Stewart at UN – Full Text. In: London Press Service (Verbatim Service [234/69]), p. 3 sq.

dauerhaft sein, ist es in Übereinstimmung mit der Resolution des Sicherheitsrats?“ Dies ist der Geist, in dem jeder, der bei der Lösung des Problems irgendeine Rolle zu spielen versucht, unbedingt an seine Aufgabe herangehen muß: Und die betroffenen Parteien müssen erkennen, daß dies so ist; sie müssen damit rechnen, daß jede Nation, ob in Viermächte- oder Zweimächtegesprächen, oder jedes andere Forum allein als Fürsprecher agieren kann. Sie selbst jedoch müssen darüber hinaus konstruktiver arbeiten.

b) Vom 30. 10. 1969

Entnommen dem „London Press Service – Verbatim Service“ (275/69) vom 30. 10. 1969:

Mittlerer Osten: Mr. Stewart.

Es folgen Auszüge aus Mr. Stewarts Bemerkungen über den Mittleren Osten in seiner Rede zur Eröffnung der außenpolitischen Debatte im Unterhaus am Donnerstag, den 30. Oktober 1969:

(Diese Auszüge behandeln die Probleme des Mittleren Ostens im allgemeinen, die Frage der Waffenlieferungen und die Beziehungen zu Libyen.)

Ich möchte nun die Stellung der Regierung Ihrer Majestät zum Problem des Mittleren Ostens umreißen.

Vor allem ist es unbedingt notwendig, daß eine politische Regelung gefunden wird. Wenn einige Länder in diesem Gebiet sich vorstellen sollten, daß sie durch eine bloße Verlängerung der derzeitigen Lage irgend etwas zu gewinnen hätten, so befinden sie sich nach meiner Auffassung in einem unheilvollen Irrtum; denn solange die derzeitige Lage anhält, werden sich die Standpunkte sowohl in Israel als auch in den arabischen Ländern stetig weiter verhärten, und das wird eine abschließende Regelung erschweren. Wir sehen das bereits an gewissen Ereignissen, die sich in der arabischen Welt zugetragen haben. Ich glaube, daß es gegenwärtig niemanden in diesem Lande gibt, der nicht große Sympathie für die Regierung und das Volk des Libanon empfindet. Wir unterhalten mit dem Libanon seit langem freundschaftliche Beziehungen. Seine Beteiligung an den den Mittleren Osten im ganzen angehenden kulturellen und materiellen Problemen war für den Mittleren Osten eine große Hilfe, und wir sollten hoffen, daß die Libanesen in Zusammenarbeit mit ihren arabischen Nachbarn – denn dies ist eine arabische Angelegenheit – bald in der Lage sein werden, in ihrem Land den gewohnten Frieden und Wohlstand wiederherzustellen.

Aber was dort geschieht und was in einigen anderen Teilen der arabischen Welt geschehen ist, zeigt, daß eine politische Regelung in naher Zukunft gefunden werden muß; andernfalls werden sich die Standpunkte so sehr verhärten, daß eine solche Regelung niemals möglich sein wird. Ich glaube, es ist angemessen, die Regierung von Israel darauf hinzuweisen, daß sie diesem Aspekt der Lage besondere Aufmerksamkeit widmen sollte. Ich werde versuchen, in meinen Ausführungen nicht als Anhänger Israels oder der arabischen Staaten aufzutreten, weil ich überzeugt bin, daß das vordringlichste Interesse unseres Landes, nicht nur moralisch, sondern auch materiell, in einer Regelung liegt, der beide Seiten zustimmen. Für uns und für die Menschheit hat dies viel größere Bedeutung, als ein Versuch haben könnte, der einen oder der anderen Seite in dem einen oder dem anderen Punkt irgendeinen bestimmten Vorteil zu verschaffen . . .

Ich habe betont, wie ungeheuer wichtig es ist, daß eine Regelung bald erreicht wird, bevor die Standpunkte sich so weit verhärten haben, daß keine Regelung mehr möglich ist, und ich habe gesagt, daß dies im Interesse der Länder jener Region liegt – wie das Beispiel des Libanon zeigt – sowie im Interesse Großbritanniens und vieler anderer Länder, und nicht zuletzt im Interesse der sehr vielen Flüchtlinge, die in großer Armut leben und von internationaler Unterstützung abhängen.

In welchem Verfahren könnte man eine solche Regelung erreichen? Ich glaube, daß die Resolution des Sicherheitsrats von 1967 die Grundlage sein muß. Es war seither stets das Gebot der Politik, zu versuchen, daß diese Resolution in einen regelrechten Zeitplan von Maßnahmen umgesetzt wird, die von allen beteiligten Parteien auszuführen sind; seinen Abschluß würde die Vollstreckung der ganzen Resolution bilden und nicht nur jener Teilstücke, die der einen oder der anderen Seite gefallen.

Wir hatten gehofft, daß Dr. Jarrings Vermittlung dies zustande bringen würde, aber bis jetzt ist er nicht erfolgreich gewesen.² Infolgedessen hielt es die Regierung Ihrer Majestät für richtig, an den 4-Mächte-Gesprächen teilzunehmen, deren Ziel es ist, in gemeinsamer Beratung ein Gremium für die Orientierung und Vorschläge an Dr. Jarring zu bilden, das ihn in die Lage versetzen soll, seinen Auftrag in die Wirklichkeit umzusetzen.

Eine Zeitlang waren die 4-Mächte-Gespräche unterbrochen, während zwei Mächte – die USA und die Sowjetunion – miteinander verhandelten. Ich glaube, ich kann sagen, daß sie einen gewissen Fortschritt erzielten, aber noch nicht einen so großen Fortschritt, daß er eine Regelung des Problems bewirken wird. Daher halte ich es für richtig, daß die Vier-Mächte bald wieder zusammentreten und versuchen sollten, Dr. Jarring durch eine wirksame Orientierung zu unterstützen.

Worin diese Orientierung bestehen sollte? . . . Es scheint mir, daß ein wesentlicher Punkt im Rahmen einer Regelung, ein wesentlicher Punkt in allen Vorschlägen, die Dr. Jarring oder ein anderer den beteiligten Parteien übermitteln kann, der ist, daß es, wie die Sicherheitsrats-Resolution selbst sagt, zu einem gerechten und dauerhaften Frieden kommen muß, mit allem, was dieser Begriff einschließt – und dazu gehört . . . eine eindeutige Anerkennung von Israels Recht auf seine Existenz . . .

Nach den informellen oder halb informellen Zusammenkünften in New York, die ich genannt habe, wurde ein kurzes Kommuniqué herausgegeben. Einer der Punkte des Kommuniqués – und die vier ständigen Mitglieder der Arbeitsgruppe bekannten sich alle zu ihm – war eine eindeutige Bestätigung von Israels Recht, als ein Staat im Mittleren Osten zusammen mit seinen Nachbarn zu existieren. Es bezeichnet die Schwere der Tragödie des Mittleren Ostens, daß man eine solche Anerkennung als bedeutungsvoll zu betrachten hat. Man könnte meinen, es wäre dies als selbstverständlich vorauszusetzen, aber unter den gegebenen Umständen war es, glaube ich, ein bedeutungsvoller Schritt, daß alle vier ständigen Mitglieder es eindeutig akzeptierten. Und gewiß möchte weder die Regierung Ihrer Majestät noch eine andere der vier Mächte von der Feststellung wieder abkommen, daß ein wesentliches Element einer künftigen Regelung sein wird die unzweideutige Anerkennung nicht nur von Israels Recht auf seine Existenz, sondern auch von seinem Recht darauf, im Friedenszustand zu sein, mit allem, was dar-

² s. o. S. 30.

aus folgt, daß man sich im Friedenszustand befindet: der Benützung der internationalen Wasserwege und allem weiteren . . .

Ich habe bereits gesagt, daß ein Mensch in unserem Land außerordentlich schwer die Tatsache begreifen kann, daß die arabischen Länder nicht bereit sind, in unmittelbare Gespräche mit Israel einzutreten . . .

Ich glaube nicht, daß wir oder Israel, weil der Weg direkter und unmittelbarer Verhandlungen jetzt nicht gangbar ist, deshalb sagen sollten, daß wir einen anderen Weg nicht beschreiten werden [s. o. S. 30]. Wir sollten uns – meine ich – daran erinnern, daß dieses Problem nicht nur mit dem Maßstab der Vernunft behandelt werden kann. Dahinter stehen tiefes Mißtrauen und Haß auf beiden Seiten, die wir zu gegebener Zeit überwinden müssen . . .

Ich weise nochmals darauf hin, daß ich es für einen großen Fortschritt hielte, wenn die arabischen Länder erklärten: „Wir werden direkt mit Israel verhandeln.“ Aber ich möchte auch sagen, daß Israel einen Fehler beginge, wenn es erklärte, daß es keinen Schritt zu einer Regelung machen wird, weil die Araber eine solche Bereitschaft nicht erkennen lassen. Das ist nicht der Geist, in dem die Antwort gefunden werden kann.

Ich habe besonders betont, daß einen Teil einer jeden nützlichen Orientierung für Dr. Jarring der Grundsatz eines gerechten und dauerhaften Friedens bilden muß. Einen weiteren Bestandteil müssen sichere und anerkannte Grenzen zwischen Israel und seinen Nachbarn bilden. Drittens – und das wird der einen Seite willkommener sein als der anderen – darf es am Rückzug der Truppen Israels vom Territorium seiner Nachbarn überhaupt keinen Zweifel geben. Gerade in diesem Punkt haben die arabischen Länder gegenüber den israelischen Absichten tiefes Mißtrauen bekundet. Auf diesen Punkt vor allem muß die israelische Politik hingewiesen werden. Ist es möglich, auf irgendeine Weise Israels nachdrückliche und legitime Forderung auf einen gerechten und dauerhaften Frieden und Sicherheit in Übereinstimmung zu bringen mit der nachdrücklichen und legitimen Forderung der arabischen Länder auf Truppenabzug? Es sollte nicht unmöglich sein. Ein weiterer Bestandteil, den eine solche Orientierung enthalten muß, ist ein echter Fortschritt zur Linderung der Notlage der Flüchtlinge.

Ich glaube nicht, daß es möglich wäre, ein Paket zusammenzustellen, das alle diese Anforderungen erfüllen würde, ohne die Bereitschaft auf seiten aller beteiligten Parteien, sich mit weniger als 100 % von dem zufriedenzugeben, was sie verlangen. Und ich bin überzeugt, daß sie dies alle wissen. Die Frage, die sie alle sich selbst zu stellen haben, lautet: Wenngleich eine Regelung ihnen weniger als 100 % von dem bringen würde, was sie wirklich wollen, ist nicht doch eine Regelung in erreichbarer Nähe, die für sie alle unendlich besser ist als die Verlängerung dessen, was sich jetzt zuträgt? Es scheint mir, daß vor allem dies Großbritannien angeht. Wir, deren Interesse als das einer großen Handelsnation, nicht durch irgendeine uns besonders auszeichnende Tugend, sondern als einfache Tatsache, das gemeinsame Interesse der Menschheit sowie eine auf Übereinstimmung beruhende, anwendbare und dauerhafte Regelung ist, wir müssen in den 4-Mächte-Gesprächen versuchen, genügend Übereinstimmung herzustellen, damit Dr. Jarring mit begründeten und nützlichen Vorschlägen versehen wird, die er beiden Parteien vorlegen kann. Wir wollen hoffen, daß die beteiligten Parteien sich klarmachen, wie viel sie zu gewinnen haben von einer sofortigen Regelung, aber auch,

daß ihnen allen das endgültige Verhängnis bevorsteht, wenn sie diese Gelegenheit verpassen.

Waffenlieferungen. Nachdem ich vom Mittleren Osten gesprochen habe, möchte ich noch auf die Politik der britischen Waffenlieferungen in dieses Gebiet eingehen. Hierbei muß ich das Haus an die Grundsätze erinnern, die ich als Leitprinzip dieser Politik darlegte, als ich in der Debatte vom 17. Juni sprach. Erstens: Die Regierung Ihrer Majestät befolgt das Prinzip, die Details der einzelnen Waffengeschäfte nicht offenzulegen. Wir haben uns fest hieran gehalten, und ich glaube, daß wir recht daran tun. Zweitens: Unmittelbar nach dem Krieg im Mittleren Osten von 1967 war es unsere Politik, keinem Land im Mittleren Osten Waffen zu verkaufen. Wir hätten an dieser Politik festgehalten, wenn alle anderen Mächte das gleiche getan hätten. Da dies nicht der Fall war, mußten wir nun sagen, daß wir jedes einzelne Gesuch nach seiner Angemessenheit beurteilen müssen; und unter „seiner Angemessenheit“ verstehe ich zwei Dinge: Erstens: Wir wünschen nicht, daß im Mittleren Osten eine Lage entsteht, in der eine Nation sich ihrer militärischen Überlegenheit so sicher ist, daß sie sich zu einer raschen und gewalttätigen Militäraktion versucht fühlen könnte. Zweitens: Bei der Entscheidung über das Ja oder Nein zu jedem einzelnen Gesuch ist eine Frage, die wir in Betracht ziehen müssen – wahrscheinlich die Hauptfrage – die, was die Wirkung unserer Antwort, ob Ja oder Nein, auf die Aussichten einer friedlichen Regelung sein wird.

Es wäre nicht richtig, unsere Entscheidung in jedem einzelnen Fall bekanntzumachen. Ich muß das Haus bitten, daß es überzeugt ist, daß wir, wenn wir solche Entscheidungen treffen, sehr genau darauf achten, was die Wirkung auf die Aussicht einer Regelung sein wird und ob wir zu einem bestimmten Gesuch ja oder nein sagen sollten.

Da ich das Thema Waffen erwähnt habe, ist es folgerichtig, daß ich nun auf die Beziehungen zwischen der Regierung Ihrer Majestät und der neuen Regierung in Libyen eingehe.

Mr. Christopher Mayhew (Woolwich, East): Könnte nicht mein sehr ehrenwerter Freund versuchen, die Vier-Mächte davon zu überzeugen, daß sie ein wenig weitergehen sollten als nur bis zur Aufstellung eines Zeitplans für die Erfüllung der Resolution des Sicherheitsrats, wie er andeutete? Könnten sie nicht auch darin übereinkommen, daß sie alle Waffenlieferungen an ein Land im Mittleren Osten unterbinden, sei es Israel oder ein arabisches Land, wenn dieses Land nicht mit den Friedensvorschlägen der Vier-Mächte übereinstimmt?

Mr. Stewart: Der ehrenwerte Abgeordnete wird sich darüber klar sein, daß wir zunächst Übereinstimmung über 4-Mächte-Vorschläge erzielt haben müssen, bevor wir in solchen Ausdrücken sprechen können. Ich schließe das nicht aus, was er sagte, und ich möchte hoffen, daß wir, wenn die Vier-Mächte sich über die wichtigsten Grundlagen einer Regelung verständigen können, uns auch über eine Politik gegenseitiger Beschränkung der Waffenlieferungen einigen können.

Mr. Jeremy Thorpe (Devon, North): Haben wir daraus zu schließen, daß keine Initiative ergriffen wurde, um eine 4-Mächte-Übereinkunft zu erreichen? Wenn ich nicht recht habe und eine solche Initiative ergriffen wurde, können wir erfahren, wer nicht bereit ist, einer Übereinkunft beizustimmen?

Mr. Stewart: Die Lage ist die, daß wir unmittelbar nach dem Krieg die einseitige Entscheidung trafen, daß wir nicht dorthin liefern würden. Wir hätten an dieser Entscheidung festgehalten, wenn unser Beispiel befolgt worden wäre. Seither habe ich Unterhaltungen, zum Beispiel mit meinem Kollegen Herrn Gromyko, geführt, aus denen hervorgeht, daß es möglich wäre, eine Übereinkunft über die Waffen zu erzielen, wenn wir eine Regelung in den Hauptfragen erzielen, die im Mittleren Osten strittig sind. Offen gesagt glaube ich, daß es schwie-

rig sein wird, eine gemeinsame Politik der Waffenlieferungen unter den Vier zu erreichen, wenn wir nicht auch eine gemeinsame Politik in der Hauptfrage haben. Wenn wir eine gemeinsame Politik in der Hauptfrage erreichen könnten, würde ich die Aussicht einer Vereinbarung über Waffenlieferungen im allgemeinen nicht pessimistisch beurteilen.³

³ Drei letzte Absätze über die Beziehungen Großbritanniens zu Libyen sind in dieser Wiedergabe nicht enthalten (Anm. d. Red. d. FR).

B Tischrede zum Balfour-Tag in Tel Aviv, 1. November 1969¹

Von Staatsminister George Thomson, M. P.

„Es ist meine Absicht, heute abend in Verbindung mit dem Jahrestag der Balfour-Erklärung² – die einer der historischen Meilensteine auf dem Weg zur Gründung des Staates Israel ist – die Bande der Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern neu zu bekräftigen. Ich will Sie jetzt mit den Untersuchungen der unter Historikern so sehr umstrittenen Geschichte dieser Erklärung nicht aufhalten; vielmehr möchte ich Ihre Aufmerksamkeit ein paar Minuten auf die gegenwärtigen Bande zwischen Britannien und Israel lenken.

Die anhaltende Stärke dieser Bande ist in sehr vielen Bereichen offensichtlich. Aber nirgends ist sie augenfälliger und greifbarer als auf dem Gebiet des Handels. Sicher wissen Sie alle sehr wohl über das Gedeihen unseres gegenseitigen Handels Bescheid. Was uns angeht, so haben wir alle Hoffnung, daß unsere Exporte nach Israel in diesem Jahr die 100 Millionen [englische] Pfund-Grenze überschreiten werden, was eine Zunahme von ungefähr 20 % gegenüber dem Betrag des vergangenen Jahres darstellt. Das ist ein auffallender Erfolg, der zu einem sehr großen Teil den zahlreichen Bemühungen vieler der sehr unternehmenden Geschäftsleute in unseren beiden Ländern zu verdanken ist. In bezug auf mein eigenes Land denke ich an die Erfolge des Israel Committee of the British National Export Council seit seiner erst vor ein oder zwei Jahren erfolgten Gründung. Ich freue mich, heute abend Marcus Sieff, den Ersten Vorsitzenden dieser Körperschaft, unter Ihnen zu sehen. Und ich möchte seinem Nachfolger, Jan Lewando, zu der tatkräftigen und erfolgreichen Art beglückwünschen, in der er die Arbeit des Committee's vorangebracht hat.

¹ Aus dem englischen Originaltext übersetzt von Dr. Elisabeth Huber-Havemann/Luzern.

² Vgl. Chaim Weizmann: *Memoiren*, Das Werden des Staates Israel. Hamburg 1951, S. 309: ... Am 2. November erließ Balfour, nach einer abschließenden Unterredung im Kabinett, jenes berühmte Schreiben, das als Balfour-Deklaration bekanntgeworden ist. Es war an Lord Rothschild gerichtet. In einer früheren Besprechung hatte mich Balfour gefragt, an wen die bevorstehende Erklärung gerichtet werden sollte. Ich schlug Lord Rothschild vor, weil ich Präsident der Englischen Zionistischen Föderation war. Der Text lautete: *Die Regierung sieht die Errichtung einer Nationalen Jüdischen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen an und will nach Kräften die Ausführung dieses Vorhabens erleichtern helfen, unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß nichts geschieht, was die bürgerlichen oder religiösen Rechte der bereits in Palästina bestehenden nichtjüdischen Gemeinden beeinträchtigt oder die Rechte und den politischen Status der Juden in irgendeinem andern Land.* (Anm. d. Red. d. FR.)

Ich bin sicher, Sie alle wünschen ihnen und ihren Kollegen, gemeinsam mit mir, für die großen Dienste zu danken, die sie für die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern geleistet haben.

Als mein Kollege, Mr. Wedgwood Benn, vor genau einem Jahr die Balfour-Vorlesung hielt, betonte er nachdrücklich unser beiderseitiges Interesse an technologischer und wissenschaftlicher Forschung und Industrie. Dieses gemeinsame Interesse hat zu der einmaligen größten britischen Ausstellung geführt, die je in Israel veranstaltet werden soll. Ich meine damit die britische wissenschaftliche Maschinenbau-Ausstellung, die nächsten Monat hier in Tel Aviv stattfindet. Dort wird hochentwickelte britische Maschinenbau- und wissenschaftliche Ausrüstung im Werte von über einer Million [englischen] Pfund gezeigt werden. Gleichzeitig wird dort ein Symposium von vier hervorragenden britischen Wissenschaftlern gehalten werden.

Auch die Exporte Israels nach Großbritannien haben eine ebenso merkbare Zunahme zu verzeichnen. Wie Sie wissen, exportieren Sie ungeheure Mengen von Citrus- und anderen Früchten und Gemüsen in unser Land wie auch eine große Vielzahl von Fertigprodukten. Die erste Art dieser Ausfuhr hat, wenn ich so sagen darf, eine kleine Palastrevolution bei uns in Großbritannien, in meinem eigenen Hause auch, hervorgerufen. Als ich das erste Mal hier israelische Avocados gekostet hatte, konnte ich sie mir in Großbritannien keineswegs leisten. Jetzt nehmen Hausfrauen in ganz Großbritannien höchst wahrscheinlich einen israelischen Avocado zum Mittagstisch am Wochenende mit nach Hause. Bis vor kurzem war dieses Gemüse ein Luxusgegenstand, der das Budget der meisten Menschen bei weitem überstieg. Jetzt sind sie, dank der israelischen Initiative, diese neuen Ernten einem widerspenstigen Boden abzurufen, ein selbstverständlicher Teil des britischen Speisezettels.

Großbritannien begrüßt auch die Einfuhr von israelischen Manufakturwaren. Kurz, unser beiderseitiger Handel ruht auf festem Grund, denn unsere entsprechenden Wirtschaftslagen ergänzen sich weitgehend. Und es sind alle Anzeichen dafür vorhanden, daß der Umfang des anglo-israelischen Handels sich weiterhin auffallend entwickeln wird.

Ich habe schon auf die weniger greifbaren Bande zwischen unseren Ländern hingewiesen. Durch die im Juni erfolgte Unterzeichnung des ersten anglo-israelischen Kultur-Abkommens wurden die schon bestehenden